VII. Jahrgang. Nr. 203 — Sonnabend, 30. April 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden
Fernsprecher-Sammelnummer: 88 841
Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011
Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.90 Mk. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.90 Mk. einschließlich 54 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 maligem wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. ohne Aufschlag lt. Tarif, Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 20 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1088 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Neue Fünfmächtekonferenz angeregt

Wiederaufnahme der Genfer Gespräche

Genf, 29. April. Die deutsche, englische, amerikanische, italienische und französische Delegation haben heute ein gemeinsames Kommuniqué ausgegeben, in dem es heißt:

In der Villa Belsinge, dem gegenwärtigen Wohnort des amerikanischen Staatssekretärs Stimson, hat heute nachmittag unter dem Vorsitz Ramsay Macdonalds eine Besprechung zwischen den gegenwärtig in Genf weilenden Hauptdelegierten Deutschlands, Amerikas, Großbritanniens, Frankreichs und Italiens stattgefunden. Es herrschte Einverständnis darüber, daß es dringend erwünscht sei,

daß die mit der Aussicht auf gute Ergebnisse zwischen den Führern dieser Delegationen eingeleiteten Unterredungen sobald wie möglich wieder aufgenommen würden,

nachdem sie dadurch unvermeidlicherweise unterbrochen wurden, daß der französische Ministerpräsident Tardieu im Augenblick nicht nach Genf zurückkehren konnte. Es ist beabsichtigt, daß die Wiederaufnahme der Unterredungen innerhalb der nächsten 14 Tage stattfindet. Der genaue Zeitpunkt wird dieser Tage festgesetzt.

Auf deutscher Seite wird zu dem Beschluß, die durch die Erkrankung Tardieus unterbrochenen Verhandlungen der fünf Mächte in absehbarer Zeit wieder aufzunehmen, ausdrücklich darauf hingewiesen, daß somit die Erkrankung Tardieus in keiner Weise zu einer völligen Unterbrechung der in Genf eingeleiteten großen internationalen Besprechungen geführt habe. Es handele sich hierbei um die beiden Hauptfragen der Abrüstungskonferenz, die Gleichberechtigung Deutschlands und die Stellungnahme zu den französischen Sicherheitsvorschlägen, von deren Regelung der weitere Verlauf der Abrüstungskonferenz in entscheidendem Maße abhängig sei.

In maßgebenden Kreisen sei man jetzt zu der Ueberzeugung gelangt, daß ohne eindeutige Regelung dieser beiden Fragen ein Fortgang der Arbeiten der Abrüstungskonferenz undenkbar sei

und daß deshalb in Kreisen der fünf maßgebenden Mächte eine eindeutige Stellungnahme und Klärung dieser Frage herbeigeführt werden müsse. Den kommenden Besprechungen wird auf deutscher Seite entscheidende Bedeutung beigemessen. Die neue Fünfmächtekonferenz wird jetzt zunächst in diplomatischen Verhandlungen zwischen den Hauptstädten vorbereitet werden. Die Bekanntgabe des Zeitpunktes soll sodann von Genf aus erfolgen. Von deutscher Seite wird festgestellt, daß somit der Versuch von französischer Seite, ein Zustandekommen der Fünferbesprechung zu verhindern, vorläufig als gescheitert angesehen werden muß.

Die Grundbedingung für Lausanne: Keine Zwischenlösung

London, 29. April. Zu den Unterredungen zwischen Stimson, Macdonald und Brüning meldet der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph", daß die drei Staatsmänner sich über die Notwendigkeit einig geworden seien, in Lausanne auf eine endgültige und nicht auf eine Zwischenlösung hinzuarbeiten. Ein weiteres Moratorium von sechs Monaten oder von zwei bis drei Jahren könne keine Lösung bringen.

Zwischenlösungen würden das Vertrauen und die Festigkeit der Verhältnisse nicht wieder herstellen.

Die englische Auffassung stimme mit der deutschen darin überein, daß eine ausländische Ueberwachung der deutschen Wirtschaft und Finanzen nicht in Frage komme, wie das etwa bei einer Verpfändung von Eisenbahnobligationen der Fall sein würde. Die Frage sei daher, ob Deutschland offen seine Zahlungsunfähigkeit erklären solle oder ob Frankreich mit kleinen Jahreszahlungen, die aus den laufenden Einnahmen des deutschen Staatshaushalts bestritten werden könnten, zufriedengestellt werden könne. **Brüning habe zum Ausdruck gebracht, daß Summen von 16 bis 18 Millionen Pfund gar nicht in Frage kämen. Zweifellos seien England, Amerika, Deutschland und wohl auch Italien entschlossen, in Lausanne mit dem System der Zwischenlösungen endgültig Schluß zu machen.**

Die Abrüstungskonferenz wird nicht vertagt

Genf, 29. April. Von französischer Seite ist am Donnerstagabend angeregt worden, die gesamte Abrüstungskonferenz bis zum 10. Juni zu vertagen mit der Begründung, daß die Arbeiten der Abrüstungskonferenz vor der endgültigen neuen Kabinettsbildung in Frankreich zwecklos wären. Präsident Henderson trat am Freitagvormittag mit dem Hauptberichterstatter Benesch, dem Vizepräsidenten Politis und dem Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, zu einer vertraulichen Besprechung zusammen, in der jedoch beschlossen wurde, die Arbeiten der Konferenz in der bisherigen Weise fortzusetzen und keine Unterbrechung vorzunehmen. Die technischen Ausschüsse sollen weiterhin über die Begriffsbestimmung der Angriffswaffen beraten. Der Hauptausschuß der Konferenz wird erst wieder zusammentreten, wenn die Ausschüsse für die Land-, See- und Luftabrüstung zu einer endgültigen Stellungnahme gelangt sind und ihren Bericht dem Hauptausschuß erstattet haben. Gerüchte, nach denen die französischen Vertagungsabsichten auch von deutscher Seite unterstützt worden sind, entbehren jeder Begründung.

Von Tardieu zu Herriot

Frankreich hat mit seinen Wahlen wochenlang auf den Abschluß der deutschen Wahlperiode gewartet, um aus unserem Ergebnis Honig zu saugen für seine eigene Propaganda. Bei uns in Deutschland verursacht die Entscheidung, die das französische Volk am 1. und 8. Mai zu treffen haben wird, mit Recht keine derartige Aufregung. Durch lange Erfahrungen belehrt, sind wir nicht so töricht, zu glauben, daß eine neue Epoche der Friedensbereitschaft anginge, wenn in Paris die Linke zur Macht käme, wie wir auch einen neuen Auftrieb der mit den Mittelparteien koalierten Rechten nicht fürchten, deren von Haß und Furcht erfüllte Einstellung zu Deutschland wir in der Aera Poincaré und Tardieu zur Genüge kennengelernt haben.

Trotz dieser betonten Zurückhaltung der deutschen öffentlichen Meinung gegenüber einer Angelegenheit, die Frankreich allein angeht, ist die deutsche Politik durch das französische Wahlfieber bereits in Mitleidenschaft gezogen worden, und zwar durch die letzten Vorgänge in Genf oder vielmehr durch deren Ausbleiben. Denn Frankreich braucht zu den verschiedenen innerpolitischen Problemen, um die es kämpft, auch eine außenpolitische Wahlparole — die Regierungsparteien dürften ebenso danach wie die Linksopposition. Zwar haben Hindenburgs Wiederwahl und Hitlers Preußensieg schon reichen Stoff geliefert, aber schließlich kann man mit Erörterung über zwei deutsche Führer nicht den ganzen Kampf um das französische Parlament bestreiten. Wenn dagegen in Genf in dem vereinbarten Gespräch Brünings, Stimsons, Macdonalds und Grandis mit Tardieu eine Vorentscheidung über die Annahme oder Ablehnung der deutschen Gleichberechtigung in der Wehrfrage gefallen wäre, dann hätte sich mit einem Schlage das Bild für die französischen Wahlen von Grund aus ändern können. Tardieu erkannte die Gefahr und zog es vor, krank zu werden. Nicht weil er und seine Regierung nach den Wahlen geneigter wären, den Angelsachsen und den Italienern auf dem Wege der Vernunft gegenüber Deutschland zu folgen, sondern weil er es für vorteilhafter hielt, den Schleier der Ungewißheit über den großen europäischen Fragen ausgebreitet zu lassen, um der Opposition in Frankreich nicht noch mehr Gelegenheit zu geben, den Geist Briands gegen seine Politik der Isolierung heraufzubeschwören.

Frankreich ist also darauf angewiesen, die letzten Tage des Wahlkampfes mit innerpolitischen Parolen auszufüllen. Auch das ist für die jetzige Regierung, die mit wechselnden Ministern aber ungefähr in der gleichen Parteienzusammensetzung mit kurzen Unterbrechungen vier Jahre lang am Werke gewesen ist, keine angenehme Aussicht. Sie tut allerdings ihr möglichstes, indem sie, ganz nach deutschem Vorbild und der französischen Tradition zuwider, die Regierungsmitglieder persönlich in den Kampf eingreifen läßt und die modernsten Propagandamittel einschließlich des Rundfunks in den Dienst ihrer Sache stellt. Trotzdem ist ihre Stellung schwach. Tardieu kann nichts ins Feld führen, als seine alten Argumente von der „Politik der Prosperität", die er vor drei Jahren begonnen hat und die Frankreich davor bewahrt haben soll, daß es in gleichem Maße wie die Nachbarvölker in den Strudel der Weltkrise gezogen wurde. In der Behauptung, daß diese erfolgreich gehaltene Linie der wirtschaftlichen Beharrung und des politischen Aufstiegs durch einen Wahlsieg der Linken bedroht sei, gipfelt seine Werbung. Der Widerhall, den er findet, ist aber nicht so, wie er hoffen mochte. Man hat Fehler in der Bilanz dieser angeblichen Prosperitätsperiode gefunden und macht es Tardieu zum Vorwurf, daß er gegen die nun auch über Frankreich hereinbrechende Krise keine wirklichen Vorkehrungen getroffen, sondern nur aus Wahlrücksichten das bereits vorhandene Milliardendefizit durch allerlei Rechenkünste auf die Regierung abgewälzt habe, die aus den Wahlen hervorgehen soll.

Der Widerstand kommt, parteipolitisch gesehen, von der Linken, staatspolitisch gesehen, vom Lande, von der französischen Provinz, die sich auf ihre kleinbürgerliche Tradition besinnt und gegen die modernen Geschäftsmethoden rebelliert, die mit Tardieu ihren Einzug gehalten haben. Die soziale Auseinandersetzung vollzieht sich ja nicht, wie bei uns, zwischen Besitz und Nichtbesitz, sondern zwischen Groß- und Kleinbesitz. Auch der französische Sozialismus steht noch mit einem Fuß in diesem Lager des „dritten Standes", dessen stolzeste Erinnerung die französische Revolution ist, von deren politischer Ideologie er noch heute zehrt. In diesem Sinne sind es die Kleinrentner, die Bauern, die Handwerker, die Leute, die in blauen Blusen, in Holzpantoffeln durch das französische Dorf klappern, die sich gegen die herrschende Gesellschaftsschicht der modernen Geschäftswelt erheben, gegen die Leute mit Ledermänteln, die in ausländischen Luxusautomobilen über die Straßen fegen. Der Protest des Kleinbürgertums richtet sich gegen die Interessenahme der Regierung an einzelnen Gruppen der Großwirtschaft. Sein Ideal ist es vor allem, daß der Staat das Privateigentum schützt, daß er sich aber von jeder Einmischung in den Gang des Wirtschaftslebens fernhält. Und nun beobachten diese Kreise mit wachsendem Mißtrauen, wie der Staat ihr Sparkapital, das Heiligste, was es für den Durchschnittsfranzosen gibt, hernimmt, wie es

Der Bombenanschlag von Schanghai

Der Täter japanischer Staatsangehöriger

Schanghai, 29. April. Der Urheber des Attentats bei der Parade im Hongkewpark ist Mitglied der Koreanischen Unabhängigkeitspartei. Er führte noch eine weitere Bombe mit sich. Eine Anzahl von anderen Koreanern, die der Mittäterschaft verdächtig sind, wurde in der französischen Konzessionszone verhaftet. Der Anstifter des Attentats soll ein Mitglied der provisorischen koreanischen Regierung sein und in der französischen Konzessionszone wohnen.

Wie uns unsere Berliner Schriftleitung dazu ergänzend drahtet, wird in der Wilhelmstraße vor allem darauf hingewiesen, daß der Täter als Koreaner japanischer Staatsangehöriger sei. Gegenüber bereits aufgetauchten Mitteilungen, der Koreaner könne von chinesischer Seite gedungen worden sein, wird bemerkt, man möge sich solchen Meldungen gegenüber in Deutschland möglichste Zurückhaltung auferlegen. Es sei bekannt, daß in Korea, das vor einer Anzahl von Jahren von den Japanern besetzt und dem japanischen Staatsverband einverleibt worden ist, Terrorgruppen beständen.

Die Japaner haben im Honkiubezirk und den anliegenden Straßen das Standrecht erklärt.

Alle wichtigen Punkte werden von Militär bewacht. Der Polizeichef wird vermutlich vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Unter den sieben festgenommenen Personen befinden sich ein Parkwächter, der angeblich Russe ist, und ein Chinese. Die japanischen Truppen haben die Wohnung eines amerikanischen Beamten umzingelt, der der Teilnahme an dem Anschlag verdächtig ist. Die Erregung der japanischen Bevölkerung ist ungeheuer und richtet sich gegen alle Koreaner. Ein Koreaner wurde von der Menge mißhandelt, daß er seinen Wunden erlag.

Der japanische Kriegsminister in Tokio erklärte, daß der Anschlag in Schanghai ein bezeichnendes Bild der unsicheren Lage in China gebe. Ein Abtransport der japanischen Truppen aus China komme infolgedessen vorläufig nicht in Frage. Japan werde alle politischen Gruppen bekämpfen, die seine Stellung im Fernen Osten schädigen wollen.

Der Zustand des japanischen Gesandten Schigemitsu, der nach ärztlicher Mitteilung 32 Wunden erhalten hat, hat sich stark verschlechtert. Der chinesische Minister Quotaitschi hat den japanischen Behörden im Namen der chinesischen Regierung sein Bedauern über das Bombenattentat ausgesprochen.

Streit um die Linienschiffe in Genf

Genf, 29. April. Der amerikanische Senator Swanson gab im Genfer Marineausschuß eine vielbeachtete Erklärung über die Haltung der amerikanischen Regierung in der Flottenfrage ab. Er erklärte, daß die amerikanische Regierung unter keinen Umständen ein Abrüstungsabkommen unterzeichnen werde, das zu einer Abschaffung der Linienschiffe führt. Das gesamte Verteidigungssystem der Vereinigten Staaten beruhe auf der Flotte und in erster Linie auf den großen Linienschiffen. Die Linienschiffe bedeuteten jedoch keine Drohung für irgendeinen anderen Staat. Eine wesentliche Herabsetzung der Flottenrüstungen sei nur denkbar, wenn die französische und italienische Regierung dem Londoner Flottenabkommen beitreten. Im übrigen würde im Jahre 1935 die nächste Flottenkonferenz stattfinden, auf der dann über die weiteren Maßnahmen verhandelt werden würde.

Der Vertreter der italienischen Regierung gab daraufhin eine außerordentlich scharfe Erklärung ab, nach der die italienische Regierung im Gegensatz zur amerikanischen Auffassung die Linienschiffe als die schwersten und gefahrdrohendsten Angriffswaffen ansieht und eine Abschaffung der Linienschiffe gemeinsam mit den Unterseebooten als das wirksamste Mittel einer Herabsetzung der Seerüstungen betrachtet. Im gleichen Sinne äußerte sich der spanische Delegierte, während der englische Admiral Pound in dem gleichen Sinne wie Swanson sprach und der Vertreter Japans die Bedeutung der Linienschiffe für die Durchführung einer Blockade und die Vorbereitung einer Invasion bestritt. Der englische Vertreter lehnte im übrigen die französische Anregung einer Flottenbeschränkung auf dem Wege der Herstellungskosten als wertlos und schikanös ab. Es sei leichter, sich an die bewährte Methode der direkten Beschränkung zu halten.